Öffentliche Bekanntmachung – Allgemeinverfügung

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn erlässt auf Grundlage der §§ 16 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3, Abs. 7, 5a Abs. 4a, 3 Nr. 10 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) vom 28.07.2011 (BGBl. I S.1690), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 08.05.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) i. V. m. § 12c Abs. 2a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vom 07.07.2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.02.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 51) folgende

Veränderungssperre

I.

1. Zur Sicherung des im Rahmen des Umweltberichts zum Bundesbedarfsplan 2023-2037/2045 gemäß § 12c Abs. 2a EnWG für das Vorhaben Nr. 82 (Ovelgönne / Rastede / Wiefelstede / Westerstede – Bürstadt) der Anlage zu § 1 Abs. 1 des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPlG) (fortan: Vorhaben Nr. 82), sowie für die am 01.03.2024 im Netzentwicklungsplan 2023-2037/2045 bestätigten Maßnahmen DC 35, NOR-x-4 und NOR-x-8, sogenannter „Rhein-Main-Link“, (Az. 6.02.00.02/23-2-0#4 vom 31.05.2024) ermittelten Präferenzraums für die spätere Planfeststellung der Energieleitungen wird eine Veränderungssperre erlassen.

Die Veränderungssperre erstreckt sich räumlich auf den kartografisch entsprechend ausgewiesenen Bereich des Präferenzraums in den Gemeinden Hude und Hatten im Landkreis Oldenburg (Niedersachsen).

Folgende Flurstücke sind von der Veränderungssperre erfasst:

Gemarkung Hude,

Flur 11,
Flurstücke 163/3, 291/163, 307/133 jeweils teilweise,

Flur 12,
Flurstück 200/22 vollständig, sowie Flurstücke 100/2, 100/3, 105/20, 171/17, 188/18, 199/99, 201/21, 202/17 jeweils teilweise,

Gemarkung Hatten,

Flur 35,
Flurstücke 52/5, 59/12, 60/5, 62/8, 63/1, 67/5, 67/8, 67/9, 68/6 jeweils teilweise.

Im Übrigen wird auf die genaue Darstellung des Präferenzraums im Bereich des Landkreises Oldenburg auf der Internetseite der Bundesnetzagentur http://www.netzausbau.de/Vorhaben82 Bezug genommen. Diese ist inklusive der als Anlage beigefügten kartografischen Darstellung des Gebietes, auf das sich die Veränderungssperre erstreckt, Bestandteil dieser Verfügung. Die Grenzen des Geltungsbereichs der Veränderungssperre sind der kartografischen Darstellung zu entnehmen. Sie sind durch eine gelbe Umstrichelung gekennzeichnet.

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen

- keine Vorhaben oder baulichen Anlagen verwirklicht werden, die einer Verwirklichung der jeweiligen Stromleitung entgegenstehen, und

- keine sonstigen erheblichen oder wesentlich wertsteigernden Veränderungen am Grundstück oder an baulichen Anlagen auf dem Grundstück durchgeführt werden.

2. Die Veränderungssperre gilt am 21.07.2025 als bekannt gegeben. Die Bekanntmachung erfolgt in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet verbreitet sind, auf das sich die Veränderungssperre voraussichtlich auswirken wird, und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur.

Die Errichtung der Höchstspannungsleitung, die als Vorhaben Nr. 48 in der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG (fortan: Vorhaben Nr. 48) aufgeführt ist, bleibt von diesen Verboten unberührt.

Die Veränderungssperre ist auf fünf Jahre befristet.

3. Für die Allgemeinverfügung werden Kosten nicht erhoben.

II.
Sachverhalt

Im Rahmen der Erstellung des Umweltberichts zum Bundesbedarfsplan 2023-2037/2045 (Az. 6.02.00.02/23-2-0#4) vom 31.05.2024 ist für das Vorhaben Nr. 82 sowie für die Maßnahmen DC35, NOR-x-4 und NOR-x-8 ein Präferenzraum ermittelt worden.

Ein Präferenzraum ist gemäß § 3 Nr. 10 NABEG ein durch die Bundesnetzagentur ermittelter und dem Umweltbericht nach § 12c Abs. 2 EnWG zugrunde gelegter Gebietsstreifen, der für die Herleitung von Trassen im Sinne des § 18 Abs. 3c NABEG besonders geeignete Räume ausweist. Dabei handelt es sich um einen mäandrierenden circa fünf bis zehn Kilometer breiten Gebietsstreifen (BT-Drs. 164/22, S. 54).

Enthält der nach § 12b Abs. 5 EnWG vorgelegte Netzentwicklungsplan eine Neubaumaßnahme zur Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung, die noch nicht im Netzentwicklungsplan bestätigt wurde und für die keine Bündelungsoption nach § 12b Abs. 3a EnWG besteht, hat die Bundesnetzagentur anhand von vorhandenen Daten zur großräumigen Raum- und Umweltsituation für diese Maßnahme einen Präferenzraum im Sinne des § 3 Nr. 10 NABEG zu ermitteln und dem Umweltbericht zugrunde zu legen. Für länderübergreifende, landseitige Teile von Offshore-Anbindungsleitungen ist dies gemäß § 12c Abs. 2a Satz 2 EnWG optional.

Gemäß § 12c Abs. 2a Satz 7 EnWG ist auch für Maßnahmen, für die ein Bundesfachplanungsverfahren notwendig ist und bei denen noch kein Antrag auf Bundesfachplanung gestellt wurde, ein Präferenzraum durch die Bundesnetzagentur zu ermitteln, wenn dies der Vorhabenträger bis zum 11.06.2023 beantragt. Bei der Präferenzraumermittlung hat die Bundesnetzagentur gemäß § 12c Abs. 2a Satz 8 EnWG zu berücksichtigen, ob eine spätere gemeinsame Verlegung mehrerer Neubaumaßnahmen im Sinne von § 12c Abs. 2a Satz 1 EnWG im räumlichen und zeitlichen Zusammenhang ganz oder weit überwiegend sinnvoll erscheint.

Für Vorhaben, für die ein Präferenzraum ermittelt wurde, entfällt gemäß § 5a Abs. 4a NABEG die Bundesfachplanung, sodass ein Antrag auf Planfeststellungsbeschluss ohne ein zuvor durchlaufenes Bundesfachplanungsverfahren zulässig ist.

Der durch die Bundesnetzagentur ermittelte Präferenzraum bildet die Grundlage für die in Abschnitt 3 des NABEG geregelten nachfolgenden Planfeststellungsverfahren, in denen bestimmt wird, wo genau innerhalb des Präferenzraums eine Höchstspannungsleitung gebaut werden darf. Eine Prüfung von Trassenalternativen außerhalb des ermittelten Präferenzraums ist gemäß § 18 Abs. 3c Satz 2, Abs. 3a Satz 2 - 4 NABEG nur aus zwingenden Gründen durchzuführen.

Bei Vorhaben Nr. 82 handelt es sich um ein als Erdkabel zu realisierendes, länderübergreifendes Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung-Leitungsvorhaben nach § 2 Abs. 1 NABEG, dessen energiewirtschaftliche Notwendigkeit sowie dessen vordringlicher Bedarf im Bundesbedarfsplan nach § 12e Abs. 4 Satz 1 EnWG festgestellt wurden. Mit dem Erlass des Bundesbedarfsplangesetzes durch den Bundesgesetzgeber stehen die Anfangs- und Endpunkte der künftigen Vorhaben fest.

Das Vorhaben Nr. 82 wurde bereits am 14.01.2022 als Maßnahme „DC 34“ im Netzentwicklungsplan 2021-2035 bestätigt. Es erfolgte vorerst jedoch kein Antrag auf Bundesfachplanung. Am 01.06.2023 stellte der Vorhabenträger, die Amprion GmbH (fortan: Vorhabenträger), für das Vorhaben Nr. 82 sowie die Maßnahmen DC35, NOR-x-4 und NOR-x-8 des Netzentwicklungsplans 2023-2037/2045 einen Antrag auf Präferenzraumermittlung gemäß § 12c Abs. 2a Satz 7 EnWG bzw. regte eine Ermessenausübung gemäß § 12c Abs. 2a Satz 2 EnWG an.

Mit dem am 20.07.2024 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes (BGBl. I Nr. 239 vom 19.07.2024) wurden die Maßnahmen DC 35, NOR-x-4 und NOR-x-8 als Vorhaben Nr. 82a (Ovelgönne/Rastede/Wiefelstede/Westerstede – Hofheim am Taunus), Vorhaben Nr. 82b (Grenzkorridor N-III – Kriftel) und Vorhaben Nr. 82c (Grenzkorridor N-III – Bürstadt/Biblis/Groß-Rohrheim/Gernsheim/Biebesheim am Rhein) (fortan: Vorhaben Nr. 82a, 82b, 82c) in die Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG aufgenommen. Aufgrund der planerischen Konkretisierung der Offshore-Erzeugungsflächen werden die Maßnahmen NOR-x-4 und NOR-x-8 nunmehr unter der Bezeichnung „NOR-16-3“ und „NOR-16-5“ geführt.

Auch bei Vorhaben Nr. 82a (Maßnahme „DC 35“) handelt es sich um eine länderübergreifende Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsverbindung nach § 2 Abs. 1 NABEG, deren energiewirtschaftliche Notwendigkeit und deren vordringlicher Bedarf im Bundesbedarfsplan nach § 12e Abs. 4 Satz 1 EnWG festgestellt wurde. Auch enthielt der Entwurf des Netzentwicklungsplans 2023-2037/2045 dieses Vorhaben als Maßnahme „DC 35“, die zunächst noch nicht im Netzentwicklungsplan 2023-2037/2045 bestätigt war und für die keine Bündelungsoption bestand. Deshalb hatte die Bundesnetzagentur nach § 12c Abs. 2a Satz 1 EnWG den Präferenzraum zu ermitteln.

Bei Vorhaben Nr. 82b (Maßnahme „NOR-16-3“) sowie Vorhaben Nr. 82c (Maßnahme „NOR-16-5“) handelt es sich um Neubaumaßnahmen für den länderübergreifenden landseitigen Teil einer Offshore-Anbindungsleitung nach § 2 Abs. 1 NABEG, deren energiewirtschaftliche Notwendigkeit und deren vordringlicher Bedarf im Bundesbedarfsplan nach § 12e Abs. 4 Satz 1 EnWG festgestellt wurden. Hinsichtlich der Präferenzraumermittlung steht der Bundesnetzagentur gemäß § 12c Abs. 2a Satz 2 EnWG ein Ermessen zu, wovon die Bundesnetzagentur Gebrauch gemacht hat und Präferenzräume ermittelt hat.

Gemeinsam mit den am 01.03.2024 im Netzentwicklungsplan 2023-2037/2045 bestätigten Maßnahmen DC 35, NOR-x-4 und NOR-x-8 (die durch das Gesetz zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes als Vorhaben Nr. 82a, 82b und 82c in das BBPlG aufgenommen worden sind) bildet das Vorhaben Nr. 82 den sog. „Rhein-Main-Link“. Im Rahmen dessen ist geplant, drei Erdkabel pro Vorhaben (insgesamt zwölf) in jeweils einem Graben parallel zueinander verlaufen zu lassen.

Am 16.11.2023 veröffentlichte die Bundesnetzagentur einen Entwurf zum Umweltbericht, einschließlich der vorläufig ermittelten Präferenzräume. Die Konsultation hierzu endete am 29.01.2024. Anschließend wurde der Präferenzraum im Sinne des § 3 Nr. 10 NABEG für Vorhaben Nr. 82 sowie die Maßnahmen DC 35, NOR-x-4 und NOR-x-8 abschließend ermittelt und im Rahmen des Umweltberichts am 31.05.2024 auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter www.netzausbau.de/umweltbericht veröffentlicht. Gemäß §§ 5a Abs. 4a, 16 Abs. 7 NABEG entfällt somit die Bundesfachplanung für das Vorhaben. Daher kann die Bundesnetzagentur nach § 16 Abs. 7 NABEG ab Abschluss der Entwicklung des Präferenzraums Veränderungssperren erlassen.

Am 27.06.2024 hat der Vorhabenträger einen Antrag auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 NABEG a. F. gestellt.

Ferner hat der Vorhabenträger mit Antrag vom gleichen Tag verlangt, dass das Verfahren gemäß § 35 Abs. 6 NABEG in der bis zum 29.12.2023 geltenden Gesetzesfassung des NABEG zu führen ist. Auch hat der Vorhabenträger am 27.06.2024 beantragt, das Vorhaben Nr. 82 mit den Vorhaben Nr. 82a, 82b und 82c, die parallel zum Vorhaben Nr. 82 gebaut werden und verlaufen sollen, gemäß § 26 NABEG zu verbinden. Für die Vorhaben Nrn. 82b und 82c sind nur deren südlichen Bestandteile Teil des bei der Bundesnetzagentur anhängigen Planfeststellungsverfahrens: Für Vorhaben Nr. 82b ist dies der Bestandteil Ovelgönne/Rastede/Wiefelstede/Westerstede – Kriftel. Für Vorhaben Nr. 82c der Bestandteil Ovelgönne/Rastede/Wiefelstede/Westerstede – Bürstadt/Biblis/Groß-Rohrheim/Gernsheim/Biebesheim am Rhein.

Der durch die Bundesnetzagentur ermittelte Präferenzraum enthält das Gebiet der Gemeinden Hude und Hatten. Innerhalb des Präferenzraums verbleiben in diesem Bereich lediglich eingeschränkte Möglichkeiten für die Trassierung. Dies hat folgende Gründe:

Der westliche Bereich des Präferenzraums ist geprägt durch landwirtschaftliche Flächen, viele kleine Ortschaften sowie Sondergebiete für Windkraftanlagen (bestehende Windkraftanlagen und beabsichtigte Repowering-Maßnahmen) Im mittleren Bereich des Präferenzraums befinden sich weitere dörflich geprägte Ortschaften. Ein Natura 2000-Schutzgebiet („Hasbruch“) befindet sich im Nordosten und mehrere Waldflächen im südwestlichen und östlichen Bereich des Präferenzraums. Die Bundesautobahn A28 durchquert den Präferenzraum von Nordwesten nach Osten und ist gleichzeitig als Vorranggebiet Autobahn gemäß des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen (2017) ausgewiesen. Zudem befinden sich im Präferenzraum umfangreiche Planungen Dritter: Die Gleichstromverbindung „Korridor B“ der Amprion GmbH (Trassenkorridorsegment V48-28 des Vorhabens Nr. 48 BBPlG des im Rahmen der Bundesfachplanung identifizierten Vorschlagstrassenkorridors nach § 8 NABEG), der Ausbau des Rastplatzes „Hurrel-Nord“ der Autobahn GmbH und das Repowering des Windparks “Dingstede-Plietenberg“ (als Sondergebiet für Windkraftanlagen im Flächennutzungsplan der Gemeinde Hatten ausgewiesen).

Mit Abschluss der Präferenzraumermittlung und dem Antrag auf Planfeststellung liegt für das Gebiet der Gemeinden Hude und Hatten ein Vorschlag des Vorhabenträgers für einen konkreten Verlauf der Trasse innerhalb dieses Bereiches des Präferenzraumes vor. Der Trassenvorschlag stellt dabei den Verlauf mit den geringsten Konflikten dar.

Der betroffene Bereich liegt ca. 4 km östlich der Präferenzraumgrenze in einer sehr ländlich geprägten Region, ca. 10 km südöstlich der Stadt Oldenburg. Die Vorschlagstrasse knickt von Norden kommend, nördlich der Gemeinde Hatten, nach Westen ab. Südlich der Ortschaft Hurrelhausen schwenkt sie in südliche Richtung, wobei sie die Ortschaft Hesterort westlich umgeht. Im Folgenden kommt es zur Querung der BAB A28 , woraufhin die Trasse vorerst weiter in südöstliche Richtung verläuft. Die BAB A28 soll geschlossen gequert werden. Die Autobahn GmbH gibt hierzu eine rechtwinklige Kreuzung vor.

Ebenfalls im betroffenen Bereich und unmittelbar an der BAB A 28 befindet sich der Wassergraben „Dingsteder Bäke“ als Gewässer II. Ordnung. Östlich der Vorschlagstrasse befinden sich weitere landwirtschaftlich geprägte Ortschaften, ein Tagebaugebiet (Rohstoffabbaufläche) und das Naturschutzgebiet undNatura 2000-Gebiet „Hasbruch“.

In dem Bereich der BAB A28 zwischen den Städten Oldenburg und Delmenhorst erstrecken sich im Präferenzraum mehrere Raumwiderstände primär bedingt durch landwirtschaftliche Gehöfte, die teilweise einen Riegel bilden. In diesem Bereich ist es nicht möglich, konfliktfrei zu trassieren. Aufgrund mehrerer kleiner Siedlungen und Gehöfte im Nordwesten, der Ortschaft Kirchkimmen

und eines dortigen Tagebaugebiets mit Wasserflächen im Osten sowie der Landschaftsschutzgebiete „Feldmoor, Hurreler Sand, Klaushau“ im Nordosten und „Bookholt, Plietenberger Moor“ im Südwesten sowie der Vorgabe der Autobahn GmbH zur rechtwinkligen Kreuzung der BAB A28 stellt der Trassenvorschlag den Verlauf mit den geringsten Konflikten dar.

Die Vorschlagstrasse verläuft zwischen den bestehenden Windkraftanlagen (WKA) 2 und 3 des Windparks „Dingstede-Plietenberg“. Die WKA 1 und 3 sollen in unmittelbarer Nähe südöstlich des bestehenden Standortes und die WKA 2 an einem neuen Standort nördlich der BAB A 28 repowert werden. Dieser neue Standort der WKA 2 liegt mittig in der Vorschlagstrasse des Rhein-Main-Links. Die Planungen des Betreibers zu den neuen Standorten der WKA 1-3 befinden sich in einer frühen Planungsphase; es wurden noch keine Genehmigungsanträge gestellt. Um einen Konflikt zu umgehen, wurden u. a. die Aufsplittung der Systeme um die geplante WKA 2 herum, sowie deren östliche Umgehung geprüft. Dabei würden sich nach aktuellem Stand neue Konflikte, wie z. B. eine ungünstigere Trassengeometrie mit mehr und engeren Kurven, asymmetrische Muffenstandorte, eine zusätzliche Beanspruchung von Waldflächen und ein nicht standardkonformer Kreuzungswinkel der BAB A28 ergeben.

Sollte der Trassenvorschlag nicht realisiert werden können, bestünden lediglich längere, konfliktreichere bzw. eingriffsintensivere Möglichkeiten, den Bereich innerhalb des Präferenzraums zu queren.

Das Verlassen des Präferenzraumes hätte weiträumige Umtrassierungen und somit einen längeren Trassenverlauf sowie zusätzliche Flächeninanspruchnahmen zur Folge.

III.
Begründung

Der Erlass der Veränderungssperre beruht auf § 16 NABEG.

Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 31 Abs. 1 NABEG i. V. m. § 16 Abs. 1 Satz 1 NABEG für den Erlass der Veränderungssperre zuständig.

Auf eine Anhörung konnte vor Erlass der Veränderungssperre im vorliegenden Fall verzichtet werden. Von der Anhörung nach § 28 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15.07.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236) soll gemäß § 16 Abs. 3 Satz 2 NABEG abgesehen werden. Die Anhörung ist vorliegend nach den Umständen des Einzelfalles nicht geboten. Es liegen keine besonderen Umstände vor; insbesondere besteht keine Kenntnis über Genehmigungen baulicher Anlagen, vgl. BT-Drs. 230/23, S.149. Die Planungen des Betreibers zu den neuen Standorten der Windkraftanlagen 1-3 befinden sich in einer frühen Planungsphase; es wurden noch keine Genehmigungsanträge gestellt. Nach gemeinsamer Abstimmung innerhalb der Amprion GmbH zum Vorhaben Nr. 48 und mit der Autobahn GmbH zum Ausbau des Rastplatzes „Hurrel-Nord“ liegen bei dem vorgeschlagenen Trassenverlauf keine Konflikte vor. Angesichts der gesetzgeberischen Wertung, eine Anhörung insbesondere bei der Kenntnis über Genehmigungen baulicher Anlagen erforderlich zu machen, war hier von einer Anhörung abzusehen.

Die Allgemeinverfügung ist in einer nach § 37 Abs. 2 und 3 VwVfG zulässigen Form ergangen.

Um den gemäß § 12c Abs. 2a EnWG entwickelten Präferenzraum abzusichern, ist der Erlass der Veränderungssperre in dem unter I Ziff. 1 genannten Umfang erforderlich.

Die Veränderungssperre setzt nach § 16 Abs. 1 Satz 1, Abs. 7 NABEG voraus, dass die Entwicklung des Präferenzraums abgeschlossen ist, dass für die Leitung ein vordringlicher Bedarf

im Sinne des Bundesbedarfs festgestellt wird und dass anderenfalls die Möglichkeit besteht, dass die Trassierung der darin zu verwirklichenden Leitung erheblich erschwert wird.

Die Entwicklung des Präferenzraums ist für das Leitungsvorhaben mit Veröffentlichung des Umweltberichts am 31.05.2024 abgeschlossen worden. Für die Vorhaben ist durch gesetzliche Regelung ein vordringlicher Bedarf festgestellt worden, § 1 Abs. 1 BBPlG. Die Vorhaben Höchstspannungsleitung Ovelgönne/Rastede/Wiefelstede/Westerstede – Bürstadt, Ovelgönne/Rastede/Wiefelstede/Westerstede – Hofheim am Taunus, Grenzkorridor N-III – Kriftel sowie Grenzkorridor N-III – Bürstadt/Biblis/Groß-Rohrheim/Gernsheim/Biebesheim am Rhein sind als Vorhaben Nr. 82, 82a, 82b und 82c in der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG aufgeführt.

Ohne die Veränderungssperre besteht die Möglichkeit, dass die Trassierung der darin zu verwirklichenden Leitung erheblich erschwert wird. Dabei ist – vor dem Hintergrund des Beschleunigungsgedankens, der Tatsache, dass die Präferenzraumermittlung an die Stelle der Bundesfachplanung tritt bzw. auch der Präferenzraum gleichermaßen gesichert werden soll (vgl. BT-Drs. 20/7310, S.128) – der Wertungsmaßstab, der für die Bundesfachplanung gilt, heranzuziehen:

Aus dem Zweck des § 16 NABEG, das Leitungsvorhaben zu sichern und dem Charakter des § 16 Abs. 1 Satz 1 NABEG als Inhalts- und Schrankenbestimmung des Art. 14 Abs. 1 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) ist zu folgern, dass eine Veränderungssperre dann erlassen werden kann, wenn sich eine potenziell plangefährdende Maßnahme in jenem Bereich abzeichnet, der im Trassenkorridor für eine mögliche Trasse in Betracht kommt. Da aber bereits die Möglichkeit einer erheblichen Erschwerung ausreicht, sind keine zu strengen Anforderungen zu stellen (BT-Drs. 19/7375, S. 76). Es genügt bereits die Möglichkeit, dass die an den festgelegten Trassenkorridor gebundene Trassierung durch neue tatsächliche oder rechtliche Hindernisse erheblich erschwert wird. Dieser weite Maßstab ist abzuleiten aus § 1 Abs. 1 Satz 1 BBPlG, mit dem für die Vorhaben des Bundesbedarfsplans die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs konstatiert wird. Das Planfeststellungsverfahren für die vordringlich zu realisierenden Vorhaben soll gesichert und auch verhindert werden, dass der für die Planung zur Verfügung stehende Raum durch die Vorhabenrealisierung beeinträchtigende Maßnahmen verengt wird. Es reicht dabei, wenn solche Maßnahmen nicht völlig ausgeschlossen bzw. fernliegend sind (BVerwG, Beschl. v. 29.07.2021, 4 VR 8.20, Rn. 20; BVerwG, Urt. v. 22.02. 2022 – 4 A 6.20 – NVwZ 2022, 1640 Rn. 27).

Im hier vorliegenden Bereich sind Möglichkeiten für die Trassierung durch Wohn- und Mischbauflächen, Gewerbe- und Industrieflächen, Waldflächen, einem Natura 2000-Schutzgebiet, Landschaftsschutzgebieten, einem Gewässer II. Ordnung, sowie mehrerer Planungen Dritter bereits erheblich eingeschränkt. Die Errichtung weiterer baulicher Anlagen oder die Vornahme sonstiger erheblicher bzw. wesentlich wertsteigernder Veränderungen würde eine Trassierung in diesem Bereich wesentlich erschweren oder gar unmöglich machen. Um die Möglichkeit einer durchlaufenden Trassenführung sicherzustellen, muss der bislang noch zur Verfügung stehende Passageraum von baulichen Anlagen, sonstigen erheblichen bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen freigehalten werden.

Der Präferenzraum wird in diesem Bereich von den beschriebenen Raumwiderständen durchzogen, die eine Trassierung stark einschränken. Der westliche Bereich des Präferenzraums ist geprägt durch landwirtschaftliche Flächen, viele kleine Ortschaften sowie dem Sondergebiet für Windkraftanlagen. Südlich der BAB A28 befindet sich der Windpark „Dingstede-Plietenberg“. Die Vorschlagstrasse verläuft zwischen den bestehenden Windkraftanlagen (WKA) 2 und 3. Die WKA 1 und 3 sollen in unmittelbarer Nähe südöstlich des bestehenden Standortes und die WKA 2 an einem neuen Standort nördlich der BAB A 28 repowert werden. Dieser neue Standort der WKA 2 liegt mittig in der Vorschlagstrasse des Rhein-Main-Link. Nach aktuellem Planungsstand stellen die geplanten Standorte der WKA 1 und 3 derzeit keinen Konflikt mit den Planungen des Rhein-Main-Link dar. Die Planungen des Betreibers Windpark Dingstede Plietenberg GmbH & Co. KG zu den

neuen Standorten befinden sich jedoch in einer frühen Planungsphase; es wurden noch keine Genehmigungsanträge gestellt. Konflikte können daher erst zu einem späteren Zeitpunkt mit verfestigter Datengrundlage (z.B. Ergebnisse der Baugrunduntersuchungen) abschließend beurteilt werden. Der geplante Standort der WKA 2 mittig in der Vorschlagstrasse des Rhein-Main-Link stellt zum aktuellen Stand jedoch einen räumlichen Konflikt dar.

Weitere Raumwiderstände ergeben sich durch weitere dörflich geprägte Ortschaften im mittleren Bereich des Präferenzraumes, sowie durch das Natura2000-Schutzgebiet („Hasbruch“) im Nordosten. Die Waldflächen südwestlich und östlich des betroffenen Bereiches sind im Flächennutzungsplan Hude ausgewiesen und bilden ebenfalls einen Raumwiderstand.

Die im vorgeschlagenen Bereich bestehende Überschneidung mit dem Vorschlagstrassenkorridor des Amprion Projektes Korridor B stellt nach derzeitigem Planungsstand keinen Konflikt dar.

Ebenfalls kann nach derzeitigem Planungsstand und der gewählten Vorschlagstrasse ein Konflikt mit dem Umbau des vorhandenen Rastplatzes „Hurrel-Nord“ durch die Autobahn GmbH an der BAB A 28 vermieden werden.

Konflikte durch die genannten Planungen Dritter können bei Änderungen der Vorschlagstrasse nicht ausgeschlossen werden.

Die Querung der BAB A28 soll nach aktuellem Planungsstand in geschlossener Bauweise erfolgen. Die Flächen der Veränderungssperre umfassen dabei die benötigten Flächen für den Schutz- und Arbeitsstreifen entlang der Kabelachse.
Aufgrund der hohen Anzahl von Flächen, die mit konkurrierenden Raumnutzungen belegt sind, ist eine konfliktarme Trassenführung nur auf den zu sichernden Flächen möglich.

Es könnte zwar angedacht werden, den Präferenzraum zu verlassen. Eine Prüfung von Trassenalternativen außerhalb des ermittelten Präferenzraums ist gemäß § 18 Abs. 3c Satz 2, Abs. 3a Satz 3 NABEG jedoch nur aus zwingenden Gründen durchzuführen. Ein Verlassen des Präferenzraumes hätte zudem weiträumige Umtrassierungen und somit einen erheblich längeren Trassenverlauf sowie zusätzliche Flächeninanspruchnahmen zur Folge.

Aufgrund der vorliegend dargestellten räumlichen Situation innerhalb dieses Teils des Präferenzraums sowie der damit einhergehenden erheblichen Erschwerung der Trassierung der darin zu verwirklichenden Leitung ist eine Veränderungssperre zur Sicherung des ermittelten Präferenzraumes erforderlich. Die Errichtung weiterer baulicher Anlagen bzw. Vornahme sonstiger erheblicher bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen, die die bereits nur eingeschränkt zur Verfügung stehenden Passageräume gänzlich schließen, muss verhindert werden.

Sind die Tatbestandsvoraussetzungen des § 16 Abs. 1 Satz 1, Abs. 7 NABEG erfüllt, steht es im Ermessen der Bundesnetzagentur, über den Erlass einer Veränderungssperre zu entscheiden. Dieses wurde hier im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und insbesondere dem Regelungszweck entsprechend ausgeübt. Folgende Erwägungen hat die Bundesnetzagentur angestellt:

Gemäß § 12e Abs. 4 Satz 1 EnWG wird mit Erlass des Bundesbedarfsplans für die darin enthaltenen Vorhaben die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt.

Die Bestimmung der Präferenzräume geschieht zur Erfüllung der in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecke, eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität sicherzustellen, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht. Der Netzausbau kann dadurch behindert oder wesentlich erschwert werden, dass nach Entwicklung des Präferenzraums auf den Flächen der Präferenzräume Veränderungen vorgenommen werden, die der Verwirklichung der Vorhaben zuwiderlaufen. Die Veränderungssperre nach § 16 NABEG wirkt dem entgegen, indem sie für den festgesetzten

Abschnitt der Präferenzräume eine Sperrwirkung begründet. Die Veränderungssperre dient somit der Sicherung der im Rahmen des Umweltberichts zum Bundesbedarfsplan 2023-2037/2045 ermittelten Präferenzräume für die spätere Planfeststellung der Höchstspannungsleitungen nach den §§ 18 ff. NABEG. Die mit Erlass der Veränderungssperre einhergehenden Bau- und Veränderungsverbote führen dazu, den Präferenzraum von baulichen Anlagen bzw. erheblichen bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen freizuhalten und damit die Trassierung des Leitungsvorhabens innerhalb des festgelegten Präferenzraums entsprechend § 18 Abs. 3c NABEG zu ermöglichen.

Die Veränderungssperre stellt für die Eigentümer und sonstige dinglich Berechtigte eine Inhalts- und Schrankenbestimmung im Sinne des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG und damit einen Eingriff in das Eigentumsgrundrecht dar. Es handelt sich um schwerwiegende Beschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten der betroffenen Grundstücke. Zugleich lässt die Veränderungssperre die Erforderlichkeit gemeindlicher Bauleitplanungen gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB innerhalb ihres Geltungsbereichs entfallen und kann insoweit die Interessen der Gemeinden Hude und Hatten in ihrer Planungshoheit berühren. Die Grundrechtsrelevanz der Veränderungssperre wurde durch die Bundesnetzagentur ermittelt und in die Ermessensentscheidung einbezogen. Der Erlass der Veränderungssperre ist mit Blick auf das gesamtstaatliche Interesse an der Vorhabenrealisierung und das entsprechende Sicherungsinteresse jedoch ermessensgerecht und die hiermit einhergehenden Eingriffe in das Eigentum und sonstige Rechte stellen sich schließlich als verhältnismäßig dar:

Eine sichere Energieversorgung ist von überragender Bedeutung für das gesamtstaatliche Gemeinwohl. Deshalb muss schnellstmögliche Rechts- und Planungssicherheit erzielt werden (BT-Drs. 19/7375, S. 76). Um diese Sicherheit zu gewährleisten, stellt die Veränderungssperre ein legitimes Mittel dar.

Die Veränderungssperre im Bereich der Gemarkungen Hude und Hatten in den Gemeinden Hude und Hatten ist geeignet, die Trassierung für das Vorhaben zu sichern. Die mit Erlass der Veränderungssperre einhergehenden Bau- und Veränderungsverbote führen dazu, den bislang noch trassierbaren Bereich innerhalb des Präferenzraums von planungsgefährdenden Veränderungen freizuhalten und damit die Trassierung des Leitungsvorhabens zu ermöglichen.

Ferner ist die Veränderungssperre erforderlich, um die Trassierung zu ermöglichen. Zur Verwirklichung des gesetzlichen Auftrags zum zügigen Ausbau des Netzes und der damit einhergehenden Gewährleistung der Versorgungssicherheit gemäß § 1 Abs. 1 EnWG ist der Vorhabenträger auf die Sicherung von Passageräumen für eine spätere Trassierung angewiesen.

Aufgrund der hohen Dichte an Planungshindernissen, die in diesem Präferenzraumbereich kaum Spielraum für eine Trassierung belassen, können bereits einzelne und vermeintlich geringfügige bauliche oder sonstige erhebliche bzw. wesentlich wertsteigernde Veränderungen innerhalb der bislang noch zur Verfügung stehenden Passageräume die Realisierung des Leitungsvorhabens insgesamt gefährden. Es besteht die Möglichkeit der Errichtung weiterer baulicher Anlagen und erheblichen bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen, die die Passageräume weiter einengen oder gänzlich schließen. Durch die umfangreichen Planungen Dritter würde die Trassierung durch die Schließung der mit der Veränderungssperre zu sichernden Baulücke deutlich erschwert oder gar unmöglich gemacht.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Planung des neuen Standortes für die WKA 2 des Windparks „Dingstede-Plietenberg“ relevant. Der neue Standort liegt mittig in der Vorschlagstrasse des Rhein-Main-Links. Um einen Konflikt zu umgehen, wurden u. a. die Aufsplittung der Systeme um die geplante WKA 2 herum, sowie deren östliche Umgehung geprüft. Dabei würden sich nach aktuellem Stand neue Konflikte, wie z. B. eine ungünstigere Trassengeometrie mit mehr und engeren Kurven, asymmetrische Muffenstandorte, eine zusätzliche Beanspruchung von Waldflächen und ein nicht standardkonformer Kreuzungswinkel der BAB A28 ergeben. Diese untersuchten Trassenverläufe stellen zum aktuellen Zeitpunkt keine Lösungsmöglichkeit dar. Der

geplante Standort der WKA 2 stellt damit ein großes Realisierungsrisiko für den Rhein-Main-Link dar.
Ebenfalls ist nicht auszuschließen, dass bei fortschreitender Planung durch weitere Baugrunduntersuchungen auch die anderen neuen Standorte der WKA die Planungen des Rhein-Main-Link beeinträchtigen.

Sowohl die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen bzw. Repowering gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023) als auch die Errichtung und der Betrieb von Stromleitungen gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 NABEG liegen im überragenden öffentlichen Interesse. Dem gesetzgeberischen Willen ist kein Vorrang zu entnehmen, so dass unter anderem gemäß des Prioritätsgrundsatzes die weiter fortgeschrittene Planung des Rhein-Main-Link gegenüber der Planung von Windkraftanlagen Vorrang hat. Insbesondere liegt für die Flächen, in denen künftig Windkraftanlagen gebaut werden soll, noch keine Baugenehmigung vor. Durch die Veränderungssperre soll die nachfolgende Planfeststellung gesichert werden. Der mit dem Erlass der Veränderungssperre verfolgte Zweck ist hier mit Blick auf die eingeschränkte Rechtswirkung der Veränderungssperre aufgrund einer Einzelfallabwägung vorrangig. Nach § 16 Abs. 1 Satz 3 NABEG ist die Veränderungssperre auf einen Zeitraum von fünf Jahren zu befristen und daher nur temporärer Natur. Nach Ablauf dieser Frist bzw. wenn die Voraussetzungen für eine Veränderungssperre nicht mehr vorliegen, sind die gesicherten Flächen – je nach technischer Ausgestaltung und unter Beachtung der erforderlichen Mindestabstände – nutzbar, sodass Windkraftanlagen ggf. gebaut werden können.

Auch dient der Rhein-Main-Link der großräumigen Erhöhung der Übertragungskapazität aus Niedersachsen in das Rhein-Main-Gebiet, um den von Offshore-Windparks erzeugten Strom zu transportieren und dadurch das Übertragungsnetz für die zukünftig steigenden Stromflüsse zu verstärken. Dies entspricht dem gesetzgeberischen Ziel der Energiewende und der Klimaneutralität. Nach § 1 Abs. 1 EEG 2023 hat der Gesetzgeber die Transformation zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Stromversorgung, die vollständig auf erneuerbaren Energien beruht, im Interesse des Klima- und Umweltschutzes als Ziel verankert. Auch § 1 Abs. 1 EnWG verfolgt den Zweck, eine sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente, umweltverträgliche und treibhausgasneutrale leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und Wasserstoff, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht, zu ermöglichen. Ferner sieht § 3 Abs. 1 Nr. 2 Klimaschutzgesetz vor, die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990 bis zum Jahr 2040 um mindestens 88 Prozent zu mindern. Der Rhein-Main-Link ist eines der zentralen Netzausbauprojekte, um Deutschland bis 2045 klimaneutral mit Energie zu versorgen. Zwar erfolgen die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen bzw. auch die Durchführung von Repowering Maßnahmen auch im Zuge der gesetzlich verankerten Energiewende. Dem Rhein-Main-Link kommt jedoch eine weitreichendere, gesamtgesellschaftliche Bedeutung zu. Auch deshalb ist der Erlass der Veränderungssperre zur Sicherung der Errichtung der Stromleitungen im Rahmen einer Einzelfallabwägung vorrangig. Es gilt zu berücksichtigen, dass die Vorhaben des Rhein-Main-Links sowie seine Start- und Endpunkte gesetzlich verankert sind. Die Vorhaben müssen realisiert werden. Zwischen den Start- und Endpunkten (Netzverknüpfungspunkte) gilt es, eine Trassierung zu finden. Der auf Basis der Netzverknüpfungspunkte ermittelte Präferenzraum darf nur aus zwingenden Gründen verlassen werden (§ 18 Abs. 3c Satz 2 i.V.m. Abs. 3a Satz 3 NABEG). Damit einhergehend ist eine Einschränkung der planerischen Flexibilität festzustellen.

Gerade mit Blick auf die teilweise gegebene Nähe zu den Siedlungsbereichen besteht die nicht nur entfernte Möglichkeit, dass Bebauungspläne erlassen werden, die der Planung entgegenstehen.
Auch ist in von § 35 BauGB erfassten Bereichen die privilegierte Errichtung von baulichen Anlagen möglich. Es besteht die Möglichkeit der Errichtung weiterer baulicher Anlagen und erheblichen bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen, die die Passageräume weiter einengen oder gänzlich schließen. Die Trassierung würde hierdurch deutlich erschwert oder gar unmöglich gemacht.

Sollte der Trassenvorschlag nicht realisiert werden können, müsste erörtert werden, inwiefern eine Trassierung durch andere, konfliktreichere Räume überhaupt möglich ist.

Sofern eine entsprechende Trassierung möglich wäre, wäre diese zusätzlich auch durch die anfallende Mehrlänge konfliktreicher als der mit dieser Veränderungssperre gesicherte Trassenvorschlag. Ein solches Vorgehen widerspricht den Grundsätzen der Geradlinigkeit, der Wirtschaftlichkeit sowie der möglichst frühzeitigen Inbetriebnahme (vgl. § 18 Abs. 4 Satz 2 NABEG i. V. m. § 43 Abs. 3c EnWG). Durch die Durchquerung von Flächen mit hohem Raumwiderstand (bspw. Naturschutzgebiete) bzw. eine größere Flächeninanspruchnahme würden mit hoher Wahrscheinlichkeit erheblich mehr öffentliche bzw. private Belange tangiert werden (vgl. § 43 Abs. 3 Satz 1 EnWG).

Im Übrigen wäre ein Verlassen des Präferenzraums erforderlich. Dies hätte weiträumige Umtrassierungen, einen längeren Trassenverlauf sowie zusätzliche Flächeninanspruchnahmen zur Folge. Zudem würden die erforderlichen Umplanungen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erheblichen Verzögerungen im Planungsprozess bzw. hinsichtlich der Inbetriebnahme des Rhein-Main-Links führen. Ein solches Vorgehen widerspricht den im vorherigen Absatz genannten Grundsätzen sowie der Regelung, dass die Trassierung innerhalb des Präferenzraumes erfolgen soll (§ 18 Abs. 3c Satz 2, Abs. 3a Satz 2 - 4 NABEG).

Andere, mildere Maßnahmen, die in gleicher Weise geeignet sind, solche planungsgefährdenden Maßnahmen zu verhindern und dadurch die Trassierung innerhalb des festgelegten Präferenzraums zu sichern, sind nicht ersichtlich. Eine Beteiligung der Bundesnetzagentur im Rahmen von entsprechenden Baugenehmigungsverfahren ist gesetzlich nicht vorgesehen. Auch haben etwaige Stellungnahmen der zuständigen Vorhabenträger sowie der Bundesnetzagentur als zuständiger Genehmigungsbehörde im Rahmen von Genehmigungsverfahren nur begrenzt Einfluss auf die Genehmigungserteilung und sind insoweit nicht gleichermaßen zur Trassensicherung geeignet. Auch würden etwaige Zusicherungen oder mündliche Absprachen mit dem Grundstückseigentümer oder Nutzungsberechtigten hinsichtlich der Durchsetzbarkeit nicht den gleichen Erfolg erzielen.

Die Entschließung zu einer Veränderungssperre ist im Übrigen auch angemessen. Das mit der Veränderungssperre verfolgte Ziel der sicheren Energieversorgung ist von überragender Bedeutung für das gesamtstaatliche Gemeinwohl und steht deswegen in seiner Wertigkeit nicht außer Verhältnis zur Intensität des Eingriffs.

Da die Nutzbarkeit der Grundstücke nur im Hinblick auf die Wirkung des § 16 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 NABEG eingeschränkt wird und nicht etwa Eigentumsrechte entzogen werden, ist der Umfang der Eingriffe in qualitativer Hinsicht begrenzt. Eine Entscheidung über die Inanspruchnahme des Grundstücks durch die Trassierung geht mit der Veränderungssperre nicht einher. Die von dieser Veränderungssperre umfassten landwirtschaftlichen Flächen können während der Geltungsdauer der Veränderungssperre gleichermaßen landwirtschaftlich bewirtschaftet werden. Darüber hinaus sind die Verbotswirkungen der Veränderungssperre von vornherein auf fünf Jahre befristet, § 16 Abs. 1 Satz 3 NABEG. Bauliche Vorhaben und sonstige Nutzungen auf den Grundstücken bzw. die Genehmigung bestehender baulicher Anlagen werden insoweit nicht generell und dauerhaft ausgeschlossen. Dies führt im Vergleich zu einem dauerhaften Eingriff in das Eigentum zu einer abgeschwächten Eingriffssituation.

Nach Festlegung eines konkreten Trassenverlaufs können überdies für die letztendliche Trassierung nicht mehr benötigte Teilflächen in Abstimmung mit dem Vorhabenträger für bauliche Nutzungen und für gemeindliche Planungen auch schon vor Ablauf dieser Befristung wieder freigegeben werden (vgl. § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG). Die Dauer der Eingriffswirkungen wird insoweit möglichst geringgehalten. Städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden Hude und Hatten werden zudem durch den räumlich beschränkten Geltungsbereich der Veränderungssperre nicht ausgeschlossen. Einschränkungen sind nur von befristeter Dauer. Auch wird auf die (teilweise) Aufhebung der Veränderungssperre im Falle einer anderweitigen Verwirklichung gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG hingewiesen. Den Interessen der Betroffenen wird zudem durch die

Möglichkeit eines Antrags auf Aufhebung der Veränderungssperre wegen überwiegender Belange gemäß § 16 Abs. 2 Satz 2 NABEG hinreichend Rechnung getragen. Im Übrigen müssen die Rechte der Betroffenen unter Berücksichtigung der vorgenannten Erwägungen hinter dem Interesse einer vorläufigen Sicherung der Vorhabenrealisierung zurücktreten, die gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 NABEG aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Bis die Stromversorgung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, soll gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 NABEG der beschleunigte Ausbau dieser Stromleitungen und Anlagen als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägung eingebracht werden. In diesem Sinne kann auch die Wertung von Art. 20a GG unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts herangezogen werden (vgl. BVerfG, Beschl. v. 24.03.2021 – 1 BvR 2656/18, Rn. 248).

Sofern ein Eingriff in Art. 12 GG gegenüber den künftigen Windkraftanlagenbetreibern anzunehmen wäre, wäre dieser zudem als bloße Berufsausübungsregel gerechtfertigt. Verglichen mit den gesamtgesellschaftlichen Interessen an der Vorhabenrealisierung stellt sich die – zeitlich und räumlich begrenzte – erschwerte bzw. ggfs. verunmöglichte Projektrealisierung im Bereich der Veränderungssperre aus den oben dargestellten Erwägungen als verhältnismäßig dar.

Nicht nur die Entschließung (Entschließungsermessen) zu einer Veränderungssperre, sondern auch deren Umfang stehen im Ermessen der Bundesnetzagentur (Auswahlermessen). Auch dieses wurde im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben unter Berücksichtigung der bereits genannten Erwägungen ausgeübt.

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre beschränkt sich auf das Erforderliche und erfasst lediglich die für die Trassierung einschließlich der erforderlichen Infrastrukturquerung bzw. Baustelleneinrichtungen notwendigen Grundstücke. Hierbei ist insbesondere der für die geschlossene Querung der BAB A28 zusätzliche Flächenbedarf zu berücksichtigen. Die Flächen der Veränderungssperre umfassen dabei die benötigten Flächen für den Schutz- und Arbeitsstreifen entlang der Kabelachse. Die benötigten Arbeitsstreifen werden jeweils vor und nach den geplanten geschlossenen Querungen nördlich im Bereich eines dort verlaufenden Wirtschaftsweges mit mehreren darunterliegenden Fremdleitungen, im Bereich der BAB A28 und im Bereich der Dingsteder Bäke aufgeweitet. Um eine geschlossene Querung zu gewährleisten, sind in den betroffenen Bereichen Flächen für die Start- und Zielgruben von Bebauungen sowie erheblichen bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen freizuhalten.

Mit Blick auf das frühe Planungsstadium bzw. die noch ausstehenden Prüfungen im Rahmen des sich der Präferenzraumermittlung anschließenden Planfeststellungsverfahrens ist vorliegend ein großflächiger Geltungsbereich der Veränderungssperre notwendig, um eine Realisierung des Leitungsvorhabens innerhalb des festgelegten Präferenzraumes nicht zu gefährden. Die Festlegung auf einen konkreten (grundstücksscharfen) Trassenverlauf ist auf Grundlage der Ergebnisse der Präferenzraumermittlung noch nicht möglich. Insbesondere die bautechnischen Unwägbarkeiten gerade im Bereich der notwendigen geschlossenen Querungen, die erst im Rahmen der Feintrassierung geklärt werden können (u.a. Baugrunduntersuchung, Vermessung), führen zur Notwendigkeit eines weitreichenden Geltungsbereichs der Veränderungssperre. Berücksichtigt wird zudem, dass in diesem Bereich des Projektes Rhein-Main-Link insgesamt zwölf Erdkabel für die zukünftig parallel verlaufenden Vorhaben Nr. 82, 82a, 82b und 82c verlegt werden müssen und eine entsprechend weite Trasse ermöglicht werden muss. Der Vorhabenträger geht entsprechend von einem Regelarbeitsstreifen von ca. 75 m für die Verlegung der Erdkabel aus.

Damit mag der voraussichtliche Flächenbedarf zwar im Einzelfall geringer als der zwischen einzelnen Trassierungshindernissen noch verbleibende Passageraum bzw. der gesicherte Raum sein. Da eine konkrete Trassierung der Erdkabel aufgrund der noch durchzuführenden weiteren Untersuchungen, die Gegenstand des an die Präferenzraumermittlung anschließenden Planfeststellungsverfahrens sind, bislang nicht erfolgt ist, würde eine weitere Eingrenzung der Passageräume den verbleibenden geringen Spielraum für eine Trassierung im weiteren Verfahren nehmen. Angesichts der Breite und des noch frühen Planungsstadiums wird

seitens der Bundesnetzagentur mit voranschreitender Planung enger evaluiert werden, inwiefern die Veränderungssperre in der gesamten Breite weiterhin erforderlich ist und, sofern diese Erforderlichkeit nicht mehr gegeben ist, die Veränderungssperre (ggf. teilweise) aufheben (vgl. § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG).

Ferner hat der Vorhabenträger für diesen Bereich keine in Frage kommende Alternative entwickelt, sodass die Veränderungssperre zur Sicherung des Trassenverlaufs mit Blick auf die noch ausstehenden Untersuchungen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens erforderlich ist, um eine Realisierung des Leitungsvorhabens innerhalb des ermittelten Präferenzraums nicht zu gefährden. Auf die (teilweise) Aufhebung der Veränderungssperre im Falle einer anderweitigen Verwirklichung gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.

Die Veränderungssperre bzw. deren Verbote gelten nicht für die Errichtung der Höchstspannungsleitung, die als Vorhaben Nr. 48 in der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG aufgenommen ist. Alle in der Anlage zum BBPlG aufgeführten Vorhaben sind gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 NABEG aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich. Das Vorhaben Nr. 48 sieht in diesem Bereich – nach Planungsstand zum Zeitpunkt des Erlasses dieser Veränderungssperre – die Ausweisung eines ernsthaft in Betracht kommenden Trassenkorridors im Rahmen der Bundesfachplanung vor.

Gemäß § 41 Abs. 4 Satz 3 VwVfG kann ein Tag für die Bekanntgabe der Veränderungssperre bestimmt werden, jedoch frühestens der auf die Bekanntmachung folgende Tag. Da die Bekanntmachung am Samstag, dem 19.07.2025, erfolgt, wird bestimmt, dass die Veränderungssperre am Montag, dem 21.07.2025, als bekanntgegeben gilt. Die Bundesnetzagentur macht die Veränderungssperre gemäß § 16 Abs. 4 Satz 1 NABEG in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet verbreitet sind, auf das sich die Veränderungssperre voraussichtlich auswirken wird, und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bekannt.

Die Veränderungssperre ist nach § 16 Abs. 1 Satz 3 NABEG auf fünf Jahre zu befristen. Gemäß § 16 Abs. 1 Satz 4 NABEG kann die Bundesnetzagentur die Frist um weitere fünf Jahre verlängern, wenn besondere Umstände dies erfordern.

Die Kostenfreiheit ergibt sich aus § 30 NABEG. Die Veränderungssperre zählt nicht zu den dort aufgeführten kostenpflichtigen Amtshandlungen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Bundesverwaltungsgericht Simsonplatz 1, 04107 Leipzig erhoben werden. Die Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Bescheid hat gemäß § 16 Abs. 5 Satz 2 NABEG i. V. m. § 43e Abs. 1 EnWG keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Bescheid nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO kann nur innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheids beim Bundesverwaltungsgericht Simsonplatz 1, 04107 Leipzig gestellt und begründet werden (§ 16 Abs. 5 Satz 2 und Satz 3 NABEG i. V. m. § 43e Abs. 1 EnWG).

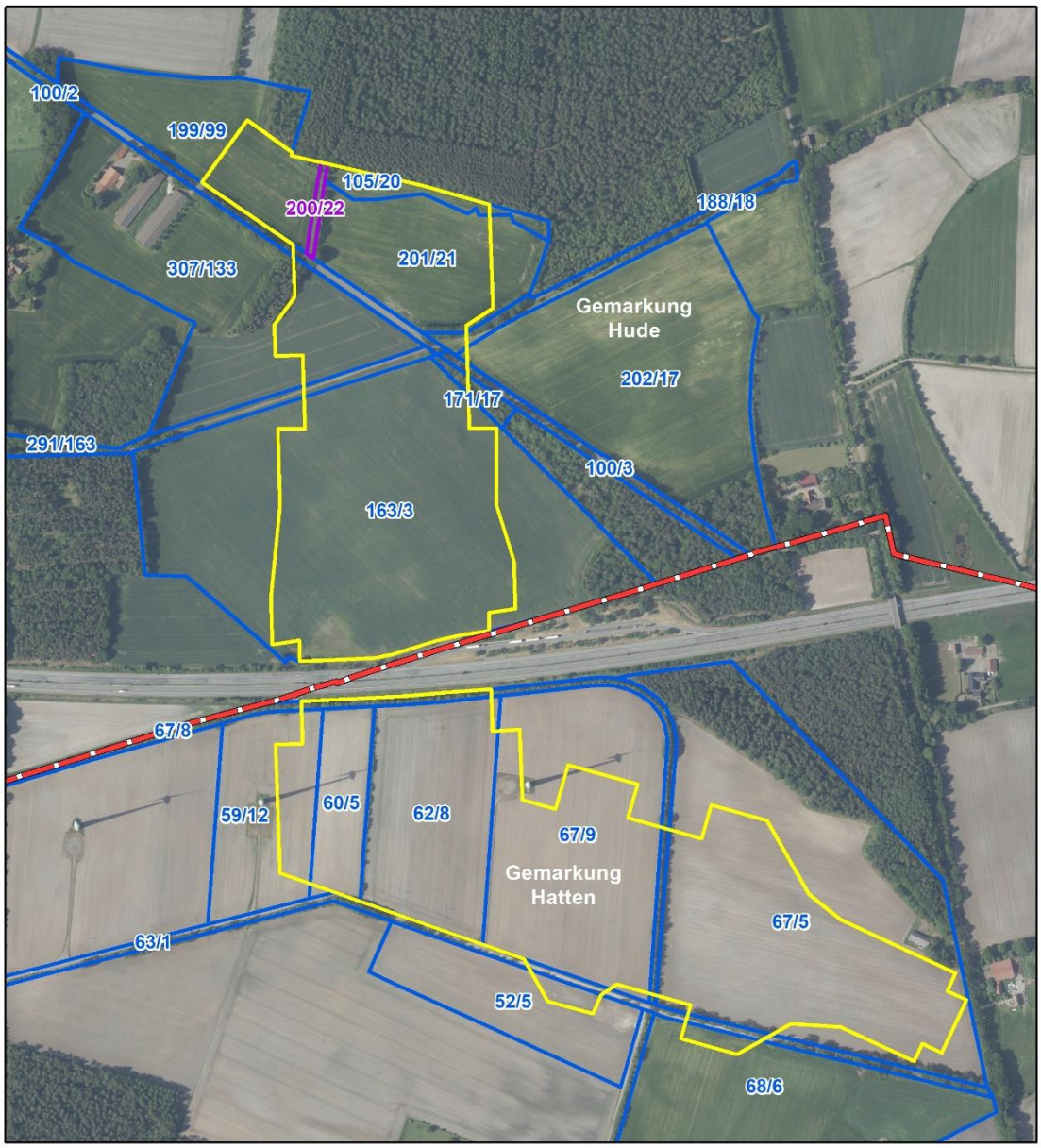
Bonn, den 18.07.2025
Im Auftrag

gez.
Dr. Torsten Strothmann

Abteilung Ausbau Stromnetze, Referatsleiter 809

Anlagen

Kirchkimmen
Hespenbusch
Munderloh
0 0,25 0,5 1
km
1:25.000
N
Legende
Präferenzraum
Geltungsbereich der Veränderungssperre
Vorschlagstrasse
Bundesautobahn A28
Landesstraße L888
bestehende Windkraftanlagen
Wassergraben Dingsteder Bäke
Wohn- und Mischbaufläche
Industrie- und Gewerbefläche
Landschaftsschutzgebiet



Legende

- Geltungsbereich der Veränderungssperre
- Vollständig betroffene Flurstücke
- Partiell betroffene Flurstücke
- Gemarkungsgrenzen

0 75 150 300 Meter

1:7.000

N